

Positionspapier Soziales, Kultur & Sicherheit

Verabschiedet von der Mitgliederversammlung am 8. Juni 2009

Inhalt

1. Sozialpolitik
2. Gesundheit
3. Kultur
4. Sicherheit

1. Sozialpolitik

Die Grünliberalen sind der Meinung, dass in Notlagen alle die Unterstützung erhalten sollen, die sie für ein menschenwürdiges Leben brauchen. In erster Linie gebietet dies die Menschlichkeit und die Solidarität, auf dem unser Staatswesen aufgebaut ist.

Die Grünliberalen stehen zu AHV, IV, der Arbeitslosenversicherung und der damit verbundenen Umverteilung.

Die Gemeinden sollen Eigenleistung, Verantwortungsbewusstsein, Solidarität und Nachbarschaftshilfe fördern und nicht dem mündigen Individuum alle Verantwortung abnehmen. Unterstützung soll mit Mass, Vernunft und immer mit Blick auf die Hilfe zur Selbsthilfe wahrgenommen werden.

Wo immer möglich sollen sich Menschen voll oder teilweise in den Arbeitsprozess eingliedern. Dafür sind entsprechende Anreize zu schaffen. Arbeit muss sich lohnen. Sowohl im Fürsorge-, als auch im Stipendienwesen setzen sich die Grünliberalen für finanzielle Unterstützungssysteme ein, welche Anreize bieten, einer Erwerbsarbeit nachzugehen

Es kann nicht angehen, dass eine immer grössere Anzahl Menschen auf Dauer in Abhängigkeit der Sozialhilfe leben. Deswegen beobachten die Grünliberalen auch skeptisch die sich immer ausweitende Zahl von sozialen Institutionen, die sich um die Not leidenden Menschen kümmern sollen. Für die Grünliberalen ist Solidarität keine Einbahnstrasse, es braucht auch Selbstverantwortung seitens der Empfänger von Sozialhilfe.

Ebenso sind der Umverteilung Grenzen gesetzt. Vor allem der Mittelstand muss heute einen anteilmässig viel zu hohen Beitrag an die Finanzierung des Sozialwesens bezahlen. Wir plädieren deshalb für einen effizienten Sozialstaat und für eine kompromisslose Bekämpfung des Missbrauchs der Sozialhilfe, auch im Interesse unserer Not leidenden MitbürgerInnen.

In den letzten Jahren haben die Sozialhilfefälle stark zugenommen. Um den Fortbestand unseres Sozialhilfesystems auf einem qualitativ hohen Niveau zu garantieren, befürworten wir die Einführung von verwaltungsexternen Sozialinspektoren und -inspektorinnen.

Folgende Ziele sollten dadurch positiv beeinflusst werden:

- **Fairness:** Unser Sozialsystem muss gegenüber allfälligen Missbrauchsversuchen ausreichend gewappnet sein, damit es allen Menschen die ihnen zustehenden Leistungen bieten kann. Eine strikte Kontrolle dient ebenfalls dazu, Personen mit einem legitimen Anspruch auf Sozialhilfe vor Angriffen zu schützen.
- **Effizienz:** Durch das Aufdecken von nicht zielkonformen Leistungen können finanzielle Mittel besser verwendet und zudem Kosten eingespart werden.
- **Zukunft:** Mit Hilfe einer adäquaten Kontrolle und der dadurch resultierenden Kosteneinsparungen kann der Fortbestand unseres Sozialhilfesystems, trotz konstant ansteigender Fälle, nachhaltig unterstützt werden.
- **Prävention:** Aufgrund einer verstärkten Überprüfung ist es durchaus vorstellbar, dass dies zu einer gewissen Abschreckung führen wird und dadurch in Zukunft weniger Missbrauchsversuche erfolgen werden.
- **Unabhängigkeit:** Durch die Trennung zwischen der verwaltenden Behörde und dem kontrollierenden Organ soll eine genügende Unabhängigkeit geschaffen werden, um die Effektivität der Kontrolle zu erhöhen. Deshalb fordern wir, dass die Sozialinspektoren und -inspektorinnen nicht direkt der Sozialdirektion unterstellt werden.

Zusätzlich sollen die Gemeinden beim Kanton vorstellig werden, damit die administrativen Pflichten der Sozialarbeiter von Dritten erfüllt werden können.

Daneben vertreten wir folgende Positionen:

- Im Sinne einer besseren Effizienz würden wir es begrüßen, wenn all die sozialen Institutionen in Biel/Bienne und den Gemeinden auf ihre Wirksamkeit überprüft würden.
- Im Amt für Jugend- und Erwachsenenschutz muss eine effizientere Dossierbetreuung Einzug halten. Wir reagieren auf die Herausforderungen des Jahres 2009 mit den in den 70er Jahren entwickelten Methoden. Dies ist eine Aufgabe des Gesetzgebers, in diesem Fall des Kantons.

2. Gesundheit

Krankheit und Tod gehören zum Leben. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Endlichkeit und den technischen Möglichkeiten der Lebensverlängerung ist notwendig. Wir schaffen uns sonst ein letztlich unbezahlbares Gesundheitswesen. Gesellschaft und Politik müssen sich der Diskussion stellen, für welche Massnahmen sie in Zukunft aufkommen wollen und für welche nicht. Der Entscheid über Leben und Tod darf nicht länger ohne Grundlagen an die Ärzte delegiert werden.

Die Grünliberalen wollen gleich lange Spiesse für Alternativ- und Schulmedizin. Ausschlaggeben bei der Behandlung ist der Nutzen für den Patienten und nicht nur die naturwissenschaftliche Wirksamkeit. Wir befürworten Prävention statt teurer Reparatur und wollen auch in der Gesundheitspolitik die Eigenverantwortung fördern.

3. Kultur

Die Stadt Biel/Bienne soll ihre Aufgabe als kulturelles Zentrum des Seelandes wahrnehmen. Sie soll geeignete Infrastrukturen zur Verfügung stellen und die lokale Kultur fördern, so weit es ihren Möglichkeiten entspricht. Seit das Centre CTS geschlossen ist, fehlt Biel/Bienne ein Veranstaltungsort mit überregionaler Ausstrahlung.

4. Sicherheit und Ordnung

Vermehrte Präsenz von Polizei und Streetwork, mehr Licht in dunklen Strassen, städtebauliche Massnahmen und den Einsatz von Videokameras an neuralgischen Punkten sollen die Sicherheit in Biel erhöhen.

Grundsätzlich befürworten die Grünliberalen den Einsatz von Videokameras. Videokameras sollen jedoch nur dort eingesetzt werden, wo es auch Sinn macht. Die Einhaltung der polizeilichen Vorgaben und klare Videokameraeinsatzkonzepte einen willkürlichen Einsatz der Kameras verhindern.

Die Präventivtruppe (P2, Polizei mit sozialem Hintergrund) der Kantonspolizei macht durchaus Sinn und soll in Zusammenarbeit mit dem städtischen Sozialamt bzw. Streetwork eingesetzt werden. Dadurch können gefährliche Personen rechtzeitig erkannt und ein erster Präventionskontakt erstellt werden. Diese Kontakte sollen vor allem das Täterumfeld analysieren und bei akuten sozialen Problemen, Lösungen unter Mithilfe des Sozialamtes bzw. Streetwork anbieten.

Eine Zusammenarbeit zwischen Clubbetreibern, deren Securities und dem Sicherheitsbeauftragten ist ein Muss und soll vor allem erreichen, dass potentiell gefährliche Veranstaltungen im Voraus gemeldet werden. Durch Meldungen statt Anzeigen für Raufhandel, Waffenbesitz und Drogen soll die Polizeiarbeit administrativ entlastet werden.

Bussen sollen Littering und Verschmutzungen begrenzen bzw. verhindern. Im Wiederholungsfalle sollen die Verursacher Sozialeinsätze für Sauberkeit leisten. Gleichzeitig fordern wir auch den vermehrter Einsatz von Toilettenanlagen und Abfallbehältern, insbesondere bei Grossveranstaltungen in der Stadt Biel.

Die Kosten eines Polizeieinsatzes rund um den Veranstaltungsort sollen bei Sport- wie bei Kulturveranstaltungen von der Allgemeinheit getragen werden. Die Veranstalter sollen jedoch in den Lokalitäten mit hauseigenem Sicherheitsdienst selber für die Sicherheit sorgen.

Daneben fordern wir konkrete Massnahmen in folgenden Bereichen:

- Mit städtebaulichen Massnahmen kann die Sicherheit erhöht werden. So erhöhen Grün- anstelle von Betonflächen positives Empfinden auf Plätzen und Strassen.
- Leicht zugängliche Baustellen sind ideale Waffenlieferanten bei spontanen Auseinandersetzungen (Backsteine, Hölzer, Metallteile). Die Baupolizei soll Bauherren darauf sensibilisieren und wenn nötig entsprechende Massnahmen anordnen.
- Speziell ausgebildete Personen sollen an den Wochenenden rund um die Ausgehmeilen eingesetzt werden und in Zusammenarbeit mit den clubeigenen Securities für Sicherheit sorgen.